



Privatisierung des Politischen

Privates und Politisches treten dem Einzelnen, zumal dem politisch Engagierten, als Handlungs- und Motivationsmomente entgegen, ohne dass er wohl zweifelsfrei unterscheiden könnte, welches in der konkreten Situation den Ausschlag für die Entscheidung gibt. Wenn überhaupt eine Abgrenzung zwischen den beiden möglich ist, so vielleicht die folgende: Das Private ist aus der Sicht des Einzelnen sein Eigeninteresse; das Politische hingegen ist dem allgemeinen Interesse verpflichtet, wobei dieses subjektiv nichts anderes als fremdes Eigeninteresse, objektiv eine Summe von Eigeninteressen ist. Hier tritt der Einzelne eher in den Hintergrund zugunsten des Kollektivs, dort behauptet er sich stärker. Erschwert wird die Unterscheidung dadurch, dass jeder der beiden Bereiche in den anderen übergreift. Das Ergebnis eines solchen Übergreifens mag gleich scheinen, ist es jedoch nicht.

Im ersten Fall, der Politisierung des Privaten, wird dieses in seinem Eigenwert gelehnt. Beispielhaft hierfür ist der Versuch der revoltierenden Studenten der 60er Jahre, die im Privaten die Lügenhaftigkeit der bürgerlichen Existenz enthüllen zu können glaubten. Der Widerstand gegen die „vom Kapitalismus aufgezwungene scheinindividuelle Atomisierung“ war Programm. Wo die private Freizeit als Ort des Vergnügens verdammt wird, muss die politische

Arbeit an ihre Stelle treten: Rudi Dutschke nannte sie einmal sein Vergnügen.

Aktuell ist solches Bekenntnis nicht. Zwar wird heute auch alles irgendwie zum Vergnügen erklärt; allerdings, weil der zweite Fall vorliegt: die Privatisierung des Politischen. Hier ist das Befremdende, in gewisser Weise Falsche die Politik, weshalb sie durch Angleichung ans Private erträglich gemacht werden soll. Damit ist nicht nur die Ausrichtung von Freizeitaktivitäten oder Stammtischen gemeint, die von vornherein mit der Unverbindlichkeit des Privaten locken, sondern auch der Charakter der genuin politischen Veranstaltung, zu deren etabliertem Ablauf der anschließende Kneipenbesuch gehört. Dahinter steckt die Forderung, Politik müsse Spaß machen. Die Mühsamkeit und das oft Ohnmächtige der politischen Arbeit will man so vergessen machen. Aber dieser Ausweg aus den Mühlen der Politik ist ein Irrweg. Die Forderung ist schlichtweg unerfüllbar, denn wo beginnt, was üblicherweise Spaß genannt wird, hört die Politik auf. Diese lebt von der Ernsthaftigkeit der Beteiligten und lässt sich nicht als ihr eigenes Gegenteil inszenieren. Um nicht an den Schwierigkeiten politischer Arbeit zu verzweifeln, braucht es statt ihrer Verspaßung ein Interesse, das sich über ihre häufige Folgenlosigkeit erhebt, von der unmittelbaren Wirksamkeit des eigenen

Handelns unabhängig ist. Nur so ließe sich womöglich noch politische Wirkung erzielen und echte Leidenschaft wecken. Der Spaß hingegen treibt die Politik weiter in die Bedeutungs- und Belanglosigkeit. Ein weiterer Teil der Privatisierung ist die Personalisierung. Die Sachentscheidung wird durch eine Personenwahl überlagert und dadurch zur Gefühlssache. Die Politik akzeptiert diesen Zusammenhang und macht ihn sich zunutze: Vom „Schröder wählen“ bis zu den Vorstandskonferenzen auf dem Umschlag des JIM reicht die Übermacht der Person. Solange sie sich durch Leistung und Sachautorität legitimiert, ist so etwas akzeptabel. In der Praxis können diese ersetzt werden durch persönliche Vorlieben, die fehlende Kompetenz ersetzen und die rationale Entscheidungsfindung erschweren. Bei dem Repräsentanten, der zugleich Freund ist, nimmt man es nicht so genau. Umgekehrt kann sich vorhandene Kompetenz wegen persönlicher Abneigungen nicht durchsetzen.

In beiden Fällen ist der Übergriff verkehrt: die Politisierung macht den Menschen zum nur politischen Wesen, die Privatisierung zum nur privaten. Beides zu sein: diese Spannung muss jeder ertragen, der als Demokrat politisch tätig sein will, ohne aber hierin aufgehen zu können. Denn der Sehnsucht nach einer Harmonie des Privaten und des Politischen steht das Bewusstsein



ihrer praktischen Unvereinbarkeit entgegen.

Die Demokratie wird dem besonders gerecht. Es sieht zwar auf den ersten Blick so aus, als sei sie der Musterfall einer völlig politisierten Gesellschaft, ihr Kennzeichen der Vorrang des Politischen vor dem Privaten, wenn nicht gar seine Alleingeltung, und also das politische Engagement die dringlichste Pflicht des Einzelnen. Gewiss gibt es auch eine Verpflichtung. Dennoch muss es dem Einzelnen in der Demokratie freigestellt sein, sich zu engagieren, er muss das Recht haben, sich ganz auf das Private zu beschränken. Dies erklärt sich aus dem Wesen der Demokratie. Sie verlangt nur deshalb Mitbestimmung in allen Bereichen, weil und nachdem sie das Recht eines jeden auf Selbstbestimmung anerkannt hat: keinem Gesetz, keiner Gewalt zu gehorchen, als welchen man sich *freiwillig* unterordnet. Mitbestimmung ist die Summe der Selbstbestimmungen der Einzelnen in einem Kollektiv, so wie das Kollektiv nie mehr als die ihm zugehörenden Einzelnen gilt. Eine solche Ableitung der Mit- erst aus der Selbstbestimmung bedingt auch die Grenzen der ersteren, das heißt der Politik: Über das, was der Einzelne als seine Wahrheit begreift, kann nicht per Mehrheit entschieden werden. Der Konsens und die Bereitschaft der Minderheit, die Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren, sind nicht möglich, solange man sein Heil von der Politik erwartet, solange das eigene Glück alleine von der politischen Partizipation abhängt. Der Glaube an die Demokratie hängt aufs Engste zusammen

mit dem daran, die Politik rühre letztlich nicht an das Eigentliche, die Erfüllung der menschlichen Existenz. Dem Demokraten ist Politik etwas Notwendiges, aber kein letzter oder Selbstzweck; entsprechend ist sein Ziel nicht vorrangig ein gesellschaftliches, sondern ein individuelles. Allen (staatlichen) Systemen misstraut er wegen ihrer Unzulänglichkeit und stellt ihnen die Vernunft des Einzelnen entgegen. Seine Anerkennung des Systems Demokratie kann er nur rechtfertigen, indem er ihm die Ausschließlichkeit der Entscheidung vorenthält und seine Freiheit durch individuelle, private Entscheidungsmöglichkeiten sichert. Selbige müssen auch ökonomischer Art sein, weshalb nicht bloß eine Nähe der Demokratie zum Sozialismus – als wirtschaftlicher Mitbestimmung – besteht, sondern noch stärker eine zur Marktwirtschaft – als wirtschaftlicher Selbstbestimmung. Das übersieht die linke Kritik am Liberalismus. Die Freiheit vergeht nicht vor den wirtschaftlichen Zwängen, vielmehr ist es nur konsequent, die Wirtschaft nicht von der Freiheit auszunehmen. Dagegen die Kritiker machen sich der Inkonsequenz schuldig. Sie reklamieren für sich genauso die Utopie des selbstverantwortlichen Menschen der Aufklärung, reduzieren ihn dann aber auf sein materielles Interesse, neben dem sie nichts mehr gelten lassen wollen, indem sie seine gesamte Freiheit von der wirtschaftlichen abhängig machen. Diese Freiheit ist eine verkürzte, gerade weil sie die Ökonomie aussparen möchte. Eine von Brechts Keuner-Geschichten lässt dies erahnen: „Ein Arbeiter wurde vor Gericht ge-

fragt, ob er die weltliche oder die kirchliche Form des Eides benutzen wolle. Er antwortete: ‚Ich bin arbeitslos.‘ – ‚Dies war nicht nur Zerstretheit‘, sagte Herr K. ‚Durch diese Antwort gab er zu erkennen, daß er sich in einer Lage befand, wo solche Fragen, ja vielleicht das ganze Gerichtsverfahren als solches, keinen Sinn mehr haben.‘“ Nichts außer der Ökonomie zählt mehr: so endet die Freiheit eines jeden Kommunismus.¹ Was der bürgerlichen Gesellschaft vorgeworfen wird: sie diene stets ökonomischen Interessen, machen diese Kritiker selbst zum Grundsatz: Der Materialismus ist total, seine Realität – wie die Geschichte gezeigt hat – totalitär. Ein Angriff auf den Liberalismus ist unvermeidlich einer auf die Utopie des selbstverantwortlichen Menschen. Das Vertrauen in denselben gehört zur Demokratie und damit die Legitimität des Privaten und sein prinzipieller Vorrang vor dem Politischen.

Markus Henn

Anmerkung:

¹ Der Kommunismus hält die Verfolgung des Eigeninteresses für die Wurzel allen Übels und bietet als Lösung an, den Menschen nur auf das allgemeine Interesse zu verpflichten, im Glauben, dadurch gleichzeitig die Einzelinteressen mitbefriedigen zu können und die Spannung zwischen Einzel- und allgemeinem Interesse in eine Harmonie auflösen zu können. Diese Harmonisierung kann selbst in der Theorie, um von der Praxis gar nicht zu sprechen, nur im materiellen Bereich funktionieren. Nur dort könnte man das eigene Bedürfnis, d. i. Interesse, rationalisieren, um es im Vertrauen auf vermittelte Erfüllung dem allgemeinen Interesse absolut unterzuordnen. Das liegt daran, dass im materiellen Bereich das Interesse entpersonalisiert werden kann (z. B. muss jeder



Mensch trinken) und hier, darauf kommt es an, der Begriff (trinken) bei jedem das genau gleiche Bedürfnis meint, wodurch es wissenschaftlich erfassbar ist (z. B. ein Mensch braucht zwei Liter Wasser am Tag). Bei immateriellen Bedürfnissen hingegen (z. B. Liebe) funktioniert die Harmonisierung nicht einmal theoretisch. Obwohl sie nämlich jeder hat, bleiben sie immer auf eine bestimmte Person, eine andere oder einen selbst, bezogen, und lassen sich deswegen nicht unter ein allgemeines Interesse unterordnen, in der Hoffnung, vermittelt durch dieses auch das eigene befriedigen zu können (man liebt nicht *an sich*, sondern man liebt *jemanden*). Anders als materielle Werte können immaterielle nicht als abstrakte Größen gefasst werden, der persönliche Bezug macht sie unrationalisierbar. Sie sind purer Egoismus, wenn man die Seite des Bedürfnisses nach ihnen betrachtet (bei der Liebe die Seite des Geliebt-Werden-Wollens). Damit ihr System doch umsetzbar wäre, müssten die Kommunisten tatsächlich die immateriellen Interessen vollkommen entpersonalisieren: nur noch die Menschheit darfst du lieben - und dafür liebt die Menschheit dich. Im Ergebnis hätte man damit keine materiellen Sorgen mehr und die Gewissheit, dass einem der sechsmilliardenste Teil der Liebe aller Menschen zukommt, und zwar exakt, wie bei einer physikalischen Größe. Auf die Erfüllung des immateriellen Eigeninteresses in seiner persönlichen Form müsste man verzichten, denn es ließe sich nicht mit dem allgemeinen vereinbaren, harmonisieren. Da dem immateriellen Interesse der persönliche Bezug jedoch gerade wesentlich, die Entpersonalisierung unmöglich ist, bleibt es dem Kommunismus unzugänglich und er sieht sich auf das materielle, die Ökonomie beschränkt.

Der Vorstand informiert:

Neuaufgabe RV-Handbuch

Um euch die organisatorische Arbeit in den RVs aber auch in den AKs zu erleichtern, haben wir das so genannte „RV-Handbuch“ wieder neu aufgelegt. Darin findet ihr viele wichtige Infos - vom Schreiben und Verschicken von Einladungen bis zur Anmeldung von Infoständen. Ab sofort könnt ihr euch das RV-Handbuch zu den Büro-Öffnungszeiten abholen.

Sexismusleitfaden

Auf der UBK am 09.04.03, die zum Thema „Frauenerwerbsarbeit“ abgehalten wird, soll auch ein Sexismusleitfaden für die Jusos München beschlossen werden. Dieser Sexismusleitfaden definiert den Begriff „Sexuelle Belästigung“ und gibt bestimmte Richtlinien im Umgang mit diesem Thema vor. Ziel ist eine effektivere Bekämpfung sexueller Belästigung aber auch Präventivmaßnahmen.

Erfolg bei Stadtteilbibliotheken

Gerade auch durch das Engagement der Jusos München auf dem Parteitag der SPD München konnte die geplante Schließung von 10 bzw. 8 Bibliotheken verhindert werden. Geplant ist nunmehr vorerst die Schließung von zwei Bibliotheken und eine weitere Umverteilung der Einsparmaßnahmen im Kulturhaushalt zugunsten der Bibliotheken.